



17. Juni 2026

## Interpellation

von Jane Bailey (SVP),  
Yves Peier (SVP),  
und Stephan Iten (SVP)

Der islamistisch motivierte Messerangriff vom 28. Mai 2026 in Winterthur, bei dem der Täter «Allahu Akbar» rief und mehrere Personen verletzte, sowie der antisemitisch motivierte Messeranschlag auf einen orthodoxen Juden in Zürich vom 2. März 2024 zeigen die Dringlichkeit einer klaren Bestandsaufnahme.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche konkreten Erkenntnisse liegen dem Stadtrat zur aktuellen Bedrohungslage durch islamistischen Extremismus, Salafismus und jihadistische Radikalisierung in der Stadt Zürich vor?
2. Verfügt die Stadt Zürich über eigene Erhebungen oder Erkenntnisse zu demokratiefeindlichen, islamistischen oder salafistischen Einstellungen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Zürich? Falls ja: welche zentralen Ergebnisse liegen vor?
3. Wie viele Fälle mutmasslicher islamistischer Radikalisierung wurden in den letzten Jahren an Zürcher Schulen, Jugendeinrichtungen oder in städtischen Programmen festgestellt? Wir bitten um tabellarische Auflistung.
4. Wie viele Personen mit Wohnsitz in der Stadt Zürich wurden in den letzten zehn Jahren wegen islamistischer Aktivitäten, Unterstützung terroristischer Organisationen oder entsprechender Propagandadelikte polizeilich registriert oder strafrechtlich verfolgt? Wir bitten um tabellarische Aufstellung.
5. Welche konkreten Präventionsprogramme gegen islamistische Radikalisierung finanziert oder unterstützt die Stadt Zürich? Wie hoch sind die jährlichen Kosten, wie wird die Wirksamkeit evaluiert und gibt es unabhängige Evaluationen? Falls nicht: wieso nicht?
6. Sieht der Stadtrat einen Zusammenhang zwischen islamistischer Radikalisierung, Parallelgesellschaften und zunehmender Gewaltbereitschaft (zum Beispiel Messerangriffe) in Teilen der urbanen Jugend? Falls ja: welchen? Falls nein: weshalb nicht?
7. Wie viele Moscheen, islamische Gebetsräume, Kulturzentren, Vereine und NGOs existieren derzeit auf dem Gebiet der Stadt Zürich? Wir bitten um tabellarische Auflistung.
8. Welche Moscheen, islamische Gebetsräume, Kulturzentren, Vereine und NGOs erhalten direkte oder indirekte finanzielle Unterstützung durch die Stadt Zürich, den Kanton oder öffentlich finanzierte Programme? Wir bitten um tabellarische Auflistung.

9. Gibt es Erkenntnisse der Stadt über ausländische Finanzierung solcher Einrichtungen (Moscheen, islamische Gebetsräume, Kulturzentren, Vereine und NGOs) insbesondere aus der Türkei, Katar, Saudi-Arabien oder anderen Golfstaaten? Falls ja: in welchem Umfang und welche Herkunft? Wir bitten um tabellarische Auflistung.
10. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Zürich, bei Hinweisen auf extremistische, gewaltverherrlichende oder demokratiefeindliche Inhalte in Predigten oder Veranstaltungen in Moscheen und islamischen Zentren Kenntnis zu erlangen und zu handeln?
11. In wie vielen Fällen wurden in den letzten zehn Jahren in solchen Einrichtungen Inhalte festgestellt, welche mit der schweizerischen Rechtsordnung, Gleichberechtigung oder Meinungsfreiheit unvereinbar sind? Welche Massnahmen wurden dagegen jeweils ergriffen?
12. Wie beurteilt der Stadtrat die Bedrohungslage für die jüdische Gemeinschaft in Zürich vor dem Hintergrund des antisemitischen Messeranschlags vom März 2024 und weiteren Vorfällen?
13. Wie viele antisemitisch motivierte Straftaten und Vorfälle wurden in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Stadt Zürich registriert? Wie viele davon standen im Zusammenhang mit islamistischem Extremismus? Wir bitten um tabellarische Auflistung.
14. Welche zusätzlichen Schutzmassnahmen wurden seit dem März 2024 für Synagogen, jüdische Schulen und weitere jüdische Einrichtungen getroffen? Welche jährlichen Kosten entstehen der öffentlichen Hand dafür?
15. Wie stellen die zuständigen Behörden sicher, dass in Moscheen, islamischen Kulturvereinen oder anderen islamischen Einrichtungen keine islamistisch-extremistischen oder gewaltverherrlichenden Inhalte vermittelt werden?
16. Verfügen Lehrpersonen in der Stadt Zürich über ausreichende Aus- und Weiterbildungsangebote, um Anzeichen von islamistischer Radikalisierung bei Schülerinnen und Schülern frühzeitig zu erkennen? Falls ja: welche konkreten Schulungen, Leitfäden oder Unterstützungsangebote stehen ihnen zur Verfügung? Falls nein: warum nicht, welche Defizite bestehen derzeit und welche Massnahmen sind geplant, um diese zu beheben?
17. Welche Massnahmen ergreifen die Behörden, um zu verhindern, dass Jugendliche über soziale Medien, Online-Plattformen oder Messenger-Dienste mit islamistisch-extremistischen Inhalten, islamistischen Hasspredigern oder radikalisierenden islamistischen Influencern in Kontakt kommen?
18. Wie wird die Zusammenarbeit mit Schulen, Eltern und Plattformbetreibern bei der Prävention von islamistischer Radikalisierung über soziale Medien und Messenger-Dienste gestaltet?
19. Welche Instrumente und rechtlichen Möglichkeiten stehen den Behörden (Stadt, Kanton, NDB) zur Verfügung, um Personen mit mutmasslich islamistischem Extremismus zu beobachten, zu überwachen oder präventiv zu bekämpfen?

20. Welche konkreten Verfahren und Meldepflichten gelten für Schulen bei Verdachtsfällen von islamistischer Radikalisierung?
21. Welche Konsequenzen können für Lehrpersonen, Schulleitungen oder andere städtische Stellen entstehen, wenn Hinweise auf eine mögliche islamistische Radikalisierung nicht oder erst verspätet an die zuständigen Behörden weitergeleitet werden?
22. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Sozialdiensten, Stadt- und Kantonspolizei und weiteren Sicherheitsbehörden bei der Erkennung und Prävention von islamistischer Radikalisierung geregelt? Welche Erfolge und welche strukturellen Herausforderungen gab es dabei in den letzten zehn Jahren?

*J. Bauer*

*Yes Feyer*

*Sh*